

Ingar Solty

Trumps Triumph?



**Gespaltene Staaten von Amerika,
autoritärer Staatsumbau, neue
Blockkonfrontation**

Ingar Solty
Trumps Triumph?
Gespaltene Staaten von Amerika,
autoritärer Staatsumbau, neue Blockkonfrontation

Ingar Solty ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik am »Zentrum für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung« der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zu Fragen der politischen Ökonomie, der politischen Theorie und Ideengeschichte sowie der Literatur und Kultur, darunter »Imperialismus« (2011), »Die USA unter Obama« (2013), »Richtige Literatur im Falschen« (2016), »Literatur in der neuen Klassengesellschaft« (2020), »Auf den Schultern von Karl Marx« (2020), »Literatur im politischen Kampf« (2021) und »Der post-liberale Kapitalismus« (i.E., 2025). Soltys neuestes Projekt ist die »Edition Marxismen« – mit 36 Einführungsbänden in Klassiker des marxistischen Denkens, von Marx bis Anwar Shaikh.

Ingar Solty

Trumps Triumph?

Gespaltene Staaten von Amerika,
autoritärer Staatsumbau,
neue Blockkonfrontation

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

»Behold through you as bad as the rest,
Through the laughter, dancing, dining, supping, of people,
Inside of dresses and ornaments,
inside of those wash'd and trimm'd faces,
Behold a secret silent loathing and despair.«

WALT WHITMAN:

SONG OF THE OPEN ROAD (1856)

© VSA: Verlag Hamburg 2025, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: VSA: Archiv

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96488-238-7

Inhalt

Der neue Präsident ist der alte	7
Wer 2024 zur Wahl stand und wie gewählt wurde	9
Sieg in den Swing-States und beim Popular vote	10
Warum Trump siegte:	
Klassenlage übertrumpft Identität	14
Das Paradox: Triumph trotz Unpopularität	14
Was die Zahlen sagen	16
Politische, keine gesellschaftliche Rechtsentwicklung	22
Populistische Situation	26
Die Rolle des Geldes – oder Trump und die Milliardäre ...	28
Stadt und Land	31
Bidenomics:	
Versprechen – Beweggründe – Scheitern	34
Anti-Trump-Wahl ohne Trump?	
Die Zwischenwahlen 2022	47
Keine »rote Welle«	47
Wer wählte 2022 wie?	50
Die Illusion vom Ende des Trumpismus	53
»Agenda 47« und »Project 2025«	58
Trump 2.0 und die »Große Re-Migration«	60
Autoritärer Staatsumbau und Bürgerkriegsszenario	63
Politische Säuberungen	67
Was hat Trumps Projekt seiner Wählerbasis zu bieten?	70

Gibt es ein Trump 2.0-Projekt?	
Die zukünftige Administration	76
Rhetorische Kooptation der liberalen Identitätspolitik	77
Loyalität oder Ideologie?	80
Wirtschafts- und Finanzpolitik	83
Neue Blockkonfrontation statt Isolationismus und Entspannung	92
Deportationen und autoritärer Staatsumbau, aber mit wem?	98
J.D. Vance und die weiße Arbeiterklasse	99
Und die US-Linke?	104
Literatur (auch zum Weiterlesen)	118

Der neue Präsident ist der alte

»This community used to be tight as wax.« »It still is.
In a crisis. But they keep to themselves otherwise.«
»Don't you mean ›we‹? ›We keep to ourselves?«
TONI MORRISON: PARADISE (1998)

Memory believes before knowing remembers.
Believes longer than recollects,
longer than knowing even wonders.
WILLIAM FAULKNER: LIGHT IN AUGUST (1932)

Der neue Präsident ist der alte. Mit diesem Ergebnis endete die Wahl vom 5. Dezember 2024. Trotzdem wird nicht alles anders, aber doch sehr vieles neu. Dafür sorgen Strategie und Struktur, die Kräfte um Donald Trump sind besser auf diesen historischen Moment vorbereitet als 2016, und die historische Konjunktur eines postliberalen Kapitalismus begünstigt nationalistische Politik.

Trumps Wahlsieg und seine Aussicht auf weitere vier Jahre Präsidentschaft werden weltweit mit Fassungslosigkeit zur Kenntnis genommen. In seiner Abschiedsrede warnte selbst der scheidende Präsident Joe Biden – sich explizit auf die 1961 von Dwight D. Eisenhower gehaltene Abschiedsrede über den »militärisch-industriellen Komplex« beziehend und auf einmal wie Bernie Sanders klingend – vor dem »Aufstieg eines technologisch-industriellen Komplexes«. Er tat dies mit Blick auf die oligarchische Macht der Milliardäre: Elon Musk und Peter Thiel, die durch Trump in einer nie dagewesenen Form direkt die Politik des Staates (mit-)bestimmen werden; Meta-Chef Mark Zuckerberg, der in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der extremen Rechten erklärt hatte, auf Facebook und WhatsApp künftig auf Faktenchecks zu verzichten; und Amazon-Chef und Washington Post-Eigentümer Jeff Bezos, der das traditionsreiche Medium in eine existenzielle Krise stieß, indem er der Redaktion untersagte, die traditionelle Wahlempfehlung (zugunsten der Demokraten) auszusprechen. Zugleich wächst die

Sorge, dass Trump seine imperialistischen Ansprüche auch in die Tat umsetzt. In einer 70-minütigen Rede am 8.1.2025 in seinem Wohnort Mar-a-Lago in Florida ließ er noch vor seiner Amtseinführung nicht nur die Weltpresse wissen, der Panamakanal solle »vollständig und bedingungslos« an die USA zurückgegeben, das zu Dänemark gehörende Grönland notfalls annektiert werden. Auf die Frage eines Journalisten, ob er der Welt versichern könnte, keinen militärischen oder wirtschaftlichen Zwang anzuwenden, antwortete Trump: »Nein«, er werde sich darauf nicht festlegen. Außerdem erwog er, Kanada als 51. Bundesstaat in die USA einzugliedern. Und die NATO-Partner sollen doch bitte ihre Verteidigungsausgaben von 2% auf 5% ihres BIP hochschrauben – nach dem Motto, wer nicht zahlt, fliegt raus.

Vor allem in Europa begreift man nicht, wie Trump erneut gewählt werden konnte. Hatte doch die Mehrheit nicht nur der US-Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die der gesamten Weltbevölkerung im November 2020 aufgeatmet, als Trump die Präsidentschaftswahlen gegen Joe Biden verloren hatte. Allerdings wurde Biden nach allen damaligen Nachwahlbefragungen nicht gewählt, weil eine Mehrheit sich von seiner Politik etwas Positives versprach und Hoffnungen in ihn setzte. Er wurde gewählt, weil eine Mehrheit einen unpopulären Präsidenten loswerden wollte. Im Ergebnis war die Biden-Wahl 2020 also eine Anti-Trump-Wahl.

Die demokratische Parteilite – hierzulande millionenfach durch insbesondere *Spiegel*, *Zeit*, *Süddeutsche* und die Öffentlich-Rechtlichen Sender reproduziert – setzte darauf, dass man mit Biden zur erfolgreichen Politik von Obama zurückkehren könne. Der Immobilienmogul und Reality-TV-Grobian Trump erschien in dieser Erzählung als letztlich unerklärlicher Betriebsunfall der US-Geschichte. Gesiegt habe, tönte es vor vier Jahren, die Demokratie über die Oligarchie, der Anstand über Radau-Rassismus und machistischen Sexismus, die (Pandemie- und Klima- etc.) Vernunft (der Gebildeten) über den Irrationalismus (der weißen Arbeiterklasse) usw. Die These vom Betriebsunfall erlaubte es indes, sich um eine genauere Analyse des Trumpismus und seiner Erfolgsbedingungen zu drücken.

Diese – wie sich inzwischen herausstellte – illusionären Vorstellungen, die sich kaum auf Analysen der ökonomischen und sozialen Probleme der Vereinigten Staaten stützten, wurden am 5. November 2024 eines Besseren belehrt. Erneut allerdings kommen weder die Hintergründe des Scheiterns der Bidemics zur Sprache, noch werden die Gründe des erneuten Wahlsieges von Trump genauer analysiert. Im Folgenden soll versucht werden, zu Bidens Scheitern und Trumps Triumph Informationen und Einschätzungen zu liefern und mögliche Folgen zu diskutieren.

Wer 2024 zur Wahl stand und wie gewählt wurde

Tatsächlich ist Trumps Wahlsieg im November 2024 erklärungsbedürftig. Der Milliardär von Mar-a-Lago ist ein mehrfach verurteilter Straftäter und der erste Ex-Präsident, der jemals vor Gericht schuldig gesprochen wurde. Sein Strafregister beinhaltet finanziell motivierten Betrug, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Schweigegeldzahlungen an eine Pornodarstellerin. Zahlreiche Strafverfahren laufen noch, darunter eines wegen versuchtem Wahlbetrug im Bundesstaat Georgia. Weitere Anklagen beziehen sich auf Trumps Rolle während des Sturms seiner Anhänger auf das Kapitol am 6. Januar 2021. Die Angriffe auf das Parlamentsgebäude bezahlten damals sechs Menschen mit dem Leben, 174 Polizeibeamte wurden verletzt. 1.500 Personen, die Trump zum Sturm ermutigt hatte, wurden angeklagt.

Die Wahl 2024 wurde zwischen dem nun 78-jährigen Ex-Präsidenten, der im Wahlkampf zwei Attentate überlebte, und Kamala Harris, der Vizepräsidentin unter Joe Biden, entschieden. Drittparteien und ihre Kandidaten spielten keine Rolle. Der schillernde Impfskeptiker Robert F. Kennedy Jr., der als »Independent« antrat, versuchte seine Kandidatur noch zugunsten Trumps zurückzuziehen, was nicht überall gelang. Er soll hierfür künftig mit dem Amt des Gesundheitsministers der Regierung Trump belohnt werden. Linke Kandidaten wie der sozialistische Intellektuelle Cornel West und Jill Stein von der Green Party bekamen 74.840 Stimmen (0,05%) bzw. 743.035 Stimmen (0,49%).

Chase Oliver von der marktradikalen Libertarian Party erreichte mit 627.072 Stimmen 0,41% der Stimmen.

Harris, die bei den Vorwahlen der Demokraten 2020 noch sang und klanglos aus dem Rennen geschieden war, obwohl sie die drittmeiste Zahl an Milliardären hinter sich vereinigt hatte, war von Joe Biden zur Vizepräsidentin gekürt worden. Nach seinem untragbaren Auftritt in der ersten Fernsehdebatte mit Trump im Juni 2024 wuchs der innerparteiliche und mediale Druck auf Biden, aus dem Rennen auszusteigen. Nachdem dieser schließlich am 21. Juli auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, nominierte der demokratische Parteiapparat Harris am 5. August ohne Zustimmung der Basis, was zwar zunächst dem Wahlkampf der Demokraten neuen Schwung gab, zugleich aber für Unmut sorgte.

Sieg in den Swing-States und beim Popular vote

In den USA gilt das Mehrheitswahlrecht. Die einzelnen Bundesstaaten verfügen proportional zu ihrer Bevölkerung über eine hohe oder niedrige Zahl an Wahlmännerstimmen. Sie gewinnt derjenige Kandidat, der in diesem Bundesstaat die Nase vorne hat. Die Stimmen der anderen Kandidaten verfallen. Insgesamt bedarf es zum Wahlsieg 270 Wahlmännerstimmen. Besonders hohe Bedeutung haben darum die Staaten mit hoher Bevölkerung: Dies sind Kalifornien (54 Wahlmänner), Texas (40), Florida (30) und New York (28). Da aber diese Staaten schon seit vielen Jahren nicht mehr umkämpft sind – die Demokraten kontrollieren Kalifornien seit 1992 und New York seit 1988, die Republikaner Texas seit 1980 und Florida in acht der letzten zwölf Präsidentschaftswahlen –, richtet sich die Aufmerksamkeit stets auf die Staaten mit wechselnden Mehrheiten (»Swing States«), die aufgrund des Kopf-an-Kopf-Rennens und ungewissem Wahlausgang auch als »battleground states« bezeichnet werden.

In diesem Wahljahr galten sieben Bundesstaaten als umkämpft: Nevada (6 Wahlmänner), Arizona (11), North Carolina (16) und Georgia (16) im »Sun Belt« und Wisconsin (10), Michigan (15) und Pennsylvania (19) im »Rust Belt«. Die letzten drei Staaten galten auch als »Blue Wall«, d.h. sichere Bank der Demokra-

ten, weil sie seit 1992 nur einmal, nämlich bei Trumps Wahlsieg 2016, republikanisch stimmten. In den sieben »battleground states« hatten mit Ausnahme von North Carolina vor vier Jahren Biden und die Demokraten die Nase vorn. 2024 gewann Trump nun alle sieben »Swing States« und hielt zudem alle Bundesstaaten, die schon 2020 für ihn gestimmt hatten. Trump gewann 312 Wahlmännerstimmen, Harris nur 226. Vor vier Jahren hatte Biden mit 306 zu 232 vor Trump gelegen.

Trump's Siege fielen in den »battleground states« komfortabel aus: In Georgia lag der Republikaner nach dem letzten Stand der Auszählungen (16. November 2024) mehr als 115.000 Stimmen vorn, in North Carolina fast 200.000, in Michigan trennten ihn und Harris mehr als 80.000 Stimmen, in Pennsylvania knapp 150.000, in Nevada knapp 50.000, in Arizona mehr als 185.000. Nur Wisconsin fiel mit 30.000 Stimmen Vorsprung vergleichsweise knapp aus.

Vor den Wahlen hatten die Demoskopen ein Kopf-an-Kopf-Rennen vorhergesagt, es hieß, die Auszählung könne sich über Tage, ja Wochen hinziehen. Aber bereits um Mitternacht am Wahlabend stand das Ergebnis fest. »Am Ende des Tages war es nicht einmal eng«, kommentierte die *Financial Times* Harris' deutliche Niederlage. »Eine Präsidentschaftswahl, die lange als auf Messers Schneide prognostiziert worden war, entpuppte sich rasch als Triumph für Donald Trump.«

Bei seinem Wahlsieg 2016 hatte Trump keine Mehrheit der aktiven Wählerinnen und Wähler, geschweige denn der Bevölkerung hinter sich versammeln können. Damals gewann Hillary Clinton den »popular vote« mit knapp drei Millionen Stimmen Vorsprung. Diesmal lag Trump mit 76,21 Millionen Stimmen mit knapp drei Millionen mehr vor seiner demokratischen Kontrahentin.

Damit ist er der erste Republikaner seit George W. Bush, der 2004 zum letzten Mal die absolute Mehrheit für seine Partei holte. Trump erzielte – bei leicht rückgängiger Wahlbeteiligung – zwei Millionen Stimmen mehr als bei seiner Wahlniederlage vor vier Jahren und gut 13 Millionen Stimmen mehr als bei seinem Sieg

vor acht Jahren. Kamala Harris verlor verglichen mit Bidens Ergebnis von 2020 rund acht Millionen Stimmen. Die Verluste der Demokraten finden sich in allen Wählergruppen: Arbeiter, ethnische Minderheiten, Männer, Frauen, Jungwähler usw. Nur bei den über 65-Jährigen und den weißen Frauen mit Hochschulabschluss gab es minimale Verschiebungen zu ihren Gunsten. Neben den Erstwählern entschieden sich vor allem Kurzentzschlossene für Trump.

Der 45. Präsident der Vereinigten Staaten ist damit also auch der 47. Das Kunststück, nach einer Abwahl noch einmal wiedergewählt zu werden, gelang zuletzt Grover Cleveland vor 132 Jahren. Gesetzt den Fall, es passiert nichts Unvorgesehenes, wird Trump die kommenden vier Jahre bis Januar 1929 regieren. Danach darf er nicht noch ein weiteres Mal antreten, da das US-Wahlrecht seit dem 22. Amendment zur US-Verfassung (1947) die Amtszeit auf insgesamt zwei Legislaturperioden beschränkt. Mit seinem Sieg gerät Trump nun auch nicht in die Verlegenheit, eine etwaige Wahlniederlage zu leugnen.

Trump sieht in seiner zweiten Präsidentschaft ein starkes Mandat. Er beginnt seine zweite Amtszeit mit einer größeren Machtfülle als in 2016 und auch als Biden vier Jahre danach. 2016 hatte Trump die Vorwahlen noch gegen den Willen des republikanischen Establishments gewonnen. Selbst danach stellten sich noch signifikante Teile der Partei gegen den von der Basis nominieren Kandidaten. So wandten sich 50 führende Außenpolitiker der Partei in einem Statement gegen Trump und warnten vor ihm als eine »Bedrohung der nationalen Sicherheit« (New York Times vom 9.8.2016).

2024 ist die Lage anders. Trump hat seine Partei, die sich nach seiner Niederlage und dem Sturm aufs Kapitol in Teilen von ihm entfremdet hatte, wieder auf Linie gebracht. Die Kräfte um ihn haben sich sichtlich besser auf seinen Triumph vorbereitet. Blieben 2016 zahlreiche Positionen in den Staatsapparaten unbesetzt, hat Trump – darauf komme ich noch zurück – angekündigt, die Bürokratie diesmal mit Loyalen zu besetzen und von seinen Gegnern politisch zu säubern. Zudem verfügt Trump über eine solide

Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus, d.h. beiden Kammern des Parlaments.

Im Senat, in dem jeder Bundesstaat ungeachtet seiner Größe mit zwei Repräsentanten in sechsjähriger Amtszeit vertreten ist, standen 33 von 100 Senatorenposten zur Wiederwahl, darunter 15 Demokraten, 9 Republikaner und zwei Unabhängige. Die Demokraten verteidigten ihre Stellungen in vier Staaten, die Trump gewann, insgesamt nahmen die Republikaner den Demokraten aber drei Sitze ab: In Montana wurde der Demokrat Jon Tester nach drei Amtsperioden abgewählt. In Ohio besiegte der zum Trumpismus bekehrte und in mehreren Fällen wegen »Lohnraub« angeklagte Blockchain-Unternehmer Bernie Moreno den demokratischen Amtsinhaber Sherrod Brown. Im Armenhaus West Virginia gewann der republikanische Gouverneur Jim Justice die Wahl gegen seinen demokratischen Kontrahenten Glenn Elliott mit riesigem Vorsprung (67,92% zu 27,41%).

Damit verloren die Demokraten ihre letzten Bastionen in den klassischen »red states« der Republikaner. Ihnen erwächst so eine recht solide Mehrheit von 53 zu 47 Sitzen, was Vizepräsident J.D. Vance zum künftigen Senatspräsidenten kürt, auch wenn die Demokraten die übliche »filibuster«-Blockademinde- rheit von wenigstens 40 Sitzen behalten.

Auch im Repräsentantenhaus, wo für die insgesamt 435 Abgeordneten zweijährige Amtszeiten gelten, stellen die Republikaner weiterhin die Mehrheit von 220 Sitzen. Republikanischen Verlusten in Kalifornien, Oregon, New York, Alabama und Louisiana stehen Zugewinne in Colorado, Michigan, Pennsylvania und North Carolina gegenüber. Die Kontrolle der drei Machtbereiche Präsidentschaft, Senat und Repräsentantenhaus sowie die Kontrolle von 27 der 50 Gouverneursposten in den Einzelstaaten – alle acht zur Wiederwahl stehenden Republikaner verteidigten ihre Ämter, ebenso wie die drei zur Wiederwahl stehenden Demokraten – erleichtert die Durchsetzung von Trumps Agenda. Hinzu kommt die auch durch sein Wirken nach 2016 zustande gekommene starke rechte Mehrheit am Obersten Gerichtshof.